Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

**Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI**
Berufs- und Weiterbildung

# Stellungnahme des Kantons UR (mit einer Ergänzung zur Frage der Titelzusätze in Artikel 44a) auf der Grundlage der Musterstellungnahme GS EDK (3. Spalte)

## Übersichtliche Darstellung der Änderungen im Vergleich zum geltenden Recht

| **Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Berufsbildung (BBG)[1]**<br>Geltendes Recht | Vernehmlassungsvorlage | **Kanton UR / GS EDK**<br>Musterstellungnahme |
|---|---|---|
| **Art. 28** Eidgenössische Berufsprüfungen und eidgenössische höhere Fachprüfungen | *Art. 28 Abs. 1bis* | |
| [1] Die eidgenössischen Berufsprüfungen und die eidgenössischen höheren Fachprüfungen setzen eine einschlägige berufliche Praxis und einschlägiges Fachwissen voraus. | [1bis] Sie werden in den Amtssprachen angeboten. Sie können zusätzlich auf Englisch angeboten werden. | *Zustimmung. Wichtig ist, dass eine Prüfung in einer Landessprache auch dann abgelegt werden kann, wenn nur eine einzige Person dies möchte. Die Landessprachen gehen dem Englisch vor.*<br>*Wir regen ein Monitoring an, um die Entwicklung der Sprachen in den Prüfungen zu beobachten. Es gilt zu vermeiden, dass Englisch langfristig die Landessprachen in den Prüfungsangeboten der Höheren Berufsbildung verdrängt.* |
| [2] Die zuständigen Organisationen der Arbeitswelt regeln die Zulassungsbedingungen, Lerninhalte, Qualifikationsverfahren, Ausweise und Titel. Sie berücksichtigen dabei die anschliessenden Bildungsgänge. Die Vorschriften unterliegen der Genehmigung durch das SBFI. Sie werden in Form eines Verweises nach Artikel 13 Absätze 1 Buchstabe g und 3 des Publikationsgesetzes vom 18. Juni 2004[2] im Bundesblatt veröffentlicht.[3] | | |
| [3] Der Bundesrat regelt Voraussetzungen und Verfahren der Genehmigung. | | |
| [4] Die Kantone können vorbereitende Kurse anbieten | | |
| **Art. 29** Höhere Fachschulen | *Art. 29 Abs. 3, 3bis und 5* | |
| [1] Die Zulassung zu einer eidgenössisch anerkannten Bildung an einer höheren Fachschule setzt eine einschlägige berufliche Praxis voraus, soweit diese nicht in den Bildungsgang integriert ist. | | |
| [2] Die vollzeitliche Bildung dauert inklusive Praktika mindestens zwei Jahre, die berufsbegleitende Bildung mindestens drei Jahre. | | *Zustimmung (Streichung der Anerkennung von Nachdiplomstudien).*<br>*Für die meisten NDS resp. deren Bildungsträger dürfte die vorgeschlagene Veränderung machbar sein und im Wettbewerb mit den Weiterbildungsangeboten der Hochschulen zu keinen gravierenden Nachteilen führen. Im Bereich der Gesundheit besteht hingegen mit den NDS Anästhesie-, Intensiv- und Notfallpflege (AIN) eine Weiterbildung, die nebst der staatlichen Anerkennung auf einem eidg. Rahmenlehrplan beruhen. Diese Weiterbildungen sind für den Gesundheitsbereich versorgungsrelevant und unterstehen seit je erhöhten Qualitätsanforderungen durch die OdA und die Behörden.*<br>*In Abstimmung mit der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) macht die EDK deshalb darauf aufmerksam, dass für diese spezielle Situation eine entsprechende Lösung gesucht werden muss, wozu auch das Beibehalten der NDS HF mit RLP gehören kann (vgl. dazu auch Musterstellungnahme der GDK).* |
| [3] Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)[4] stellt in Zusammenarbeit mit den zuständigen Organisationen für die eidgenössische Anerkennung der Bildungsgänge und Nachdiplomstudien an höheren Fachschulen Mindestvorschriften auf. Sie betreffen die Zulassungsbedingungen, Lerninhalte, Qualifikationsverfahren, Ausweise und Titel. | [3] Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)[5] stellt in Zusammenarbeit mit den zuständigen Organisationen Mindestvorschriften für die eidgenössische Anerkennung der Bildungsgänge an höheren Fachschulen auf. Sie betreffen die Zulassungsbedingungen, Lerninhalte, Qualifikationsverfahren, Ausweise und Titel. | |
| | [3bis] Es kann Mindestvorschriften für das Weiterbildungsangebot an höheren Fachschulen aufstellen. Sie betreffen die Zulassungsbedingungen, den Umfang und die Titel | |
| [4] Die Kantone können selber Bildungsgänge anbieten. | | |
| [5] Die Kantone üben die Aufsicht über die höheren Fachschulen aus, soweit sie eidgenössisch anerkannte Bildungsgänge | [5] Die Kantone üben die Aufsicht über die | |

| | | |
|---|---|---|
| anbieten. | höheren Fachschulen aus. | |
| | *Art. 29a* Bezeichnungsrecht<br>Bietet eine Bildungsinstitution eidgenössisch anerkannte Bildungsgänge an, so kann sie in ihrem Namen die Bezeichnung «Höhere Fachschule», «école supérieure» oder «scuola specializzata superiore» führen. | *Die EDK begrüsst, dass die HF als Bildungsinstitutionen künftig von einem Rechtsschutz profitieren sollen. Es ist in der Tat unverständlich, dass bisher auch Bildungseinrichtungen ohne anerkannte HF-Bildungsgänge den Titel «Höhere Fachschule» verwenden konnten.*<br>*Zu prüfen ist, ob alle Bildungsangebote einer Höheren Fachschule künftig den Zusatz «Höhere Fachschule» oder «HF» führen dürfen.* |
| | *Art. 44a* Titelzusätze<br>[1] Geschützten Titeln der höheren Berufsbildung können die folgenden Titelzusätze angefügt werden:<br>a. «Professional Bachelor», wenn der Titel durch eine eidgenössische Berufsprüfung oder einen Bildungsgang einer höheren Fachschule erworben wurde;<br>b. «Professional Master», wenn der Titel durch eine eidgenössische höhere Fachprüfung erworben wurde.<br>[2] Der Titelzusatz darf nur in Verbindung mit dem vollständigen geschützten Titel oder mit der vollständigen englischen Übersetzung verwendet werden, wie sie in der Prüfungsordnung oder im Rahmenlehrplan festgehalten sind. | *Die EDK hat die Thematik im vergangenen Jahr intensiv diskutiert und ist letztlich dazu gekommen, auf eine inhaltliche Positionierung als Konferenz zu verzichten. Die Kantone werden sich im Rahmen ihrer Stellungnahmen zur Frage äussern.*<br>***Der Kanton UR spricht sich für die vorgesehenen neuen Titelzusätze aus und gewichtet die untenstehenden Pro-Argumente höher als die Contra-Argumente.***<br>*Einig war sich die EDK, dass die HF und die HBB zu stärken sind. Die HBB ist als tertiäre, aber nicht akademische Bildungsstufe von grosser Bedeutung für den Schweizer Arbeitsmarkt. Mit ihren Aus- und Weiterbildungen sorgt die HBB für Fachpersonen sowie Expertinnen und Experten ihres Fachs, welche einen wesentlichen Beitrag zum Fachkräfteangebot auf dem Schweizer Arbeitsmarkt leisten. Ob die Ergänzung der heutigen Abschlusstitel der HBB mit «Professional Bachelor» und «Professional Master» geeignet ist, die HBB-Abschlüsse zu stärken, darüber ist man sich innerhalb der EDK uneinig. Wichtig ist, dass die neuen Titel nicht zu einer Verwässerung der Titel des Hochschulbereichs führen und keine finanziellen Folgekosten für die Kantone zeitigen.*<br><br>*Pro-Argumente:*<br>*- Stärkung der Höheren Berufsbildung*<br>*- Vergleichbarkeit mit ausländischen Titeln*<br>*- Bessere Sichtbarkeit des Werts der Ausbildungen der Höheren Berufsbildung*<br>*- Analogie zu Deutschland und Österreich*<br><br>*Contra-Argumente:*<br>*- Verwässerung der Titel der Hochschulen*<br>*- Die ergänzenden Titel könnten Kostenfolgen haben*<br>*- Die Höhere Berufsbildung vergibt keine ECTS, die ergänzenden Titel könnten irreführend sein*<br>*- Eine Lösung allein für die HF (Professional Bachelor) wäre denkbar, mit dem Professional Master wird das Fuder überladen* |

[1] SR 412.10
[2] SR 170.512
[3] Vierter Satz eingefügt durch Art. 21 Ziff. 2 des Publikationsgesetzes vom 18. Juni 2004, in Kraft seit 1. Jan. 2005 (AS **2004** 4929; BBl **2003** 7711).
[4] Ausdruck gemäss Ziff. I 8 der V vom 15. Juni 2012 (Neugliederung der Departemente), in Kraft seit 1. Jan. 2013 (AS **2012** 3655). Diese Änd. wurde im ganzen Erlass berücksichtigt.
[5] Ausdruck gemäss Ziff. I 8 der V vom 15. Juni 2012 (Neugliederung der Departemente), in Kraft seit 1. Jan. 2013 (AS **2012** 3655). Diese Änd. wurde im ganzen Erlass berücksichtigt.

| | | |
|---|---|---|
| | *Art. 63a* Unzulässige Verwendung des Bezeichnungsrechts<br>[1] Wer als Verantwortlicher eines Geschäftsbetriebs ohne anerkannten Bildungsgang vorsätzlich die Bezeichnung «Höhere Fachschule», «école supérieure» oder «scuola specializzata superiore» verwendet, wird mit Busse bis zu 100 000 Franken bestraft.<br>[2] Für Widerhandlungen in Geschäftsbetrieben sind die Artikel 6 und 7 des Bundesgesetzes vom 22. März 1974[6] über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) anwendbar.<br>[3] Fällt eine Busse von höchstens 20 000 Franken in Betracht und würde die Ermittlung der nach Absatz 1 strafbaren Personen Untersuchungsmassnahmen bedingen, die im Hinblick auf die verwirkte Strafe unverhältnismässig wären, so kann die Behörde von einer Verfolgung dieser Personen absehen und an ihrer Stelle den Geschäftsbetrieb (Art. 7 VStrR) zur Bezahlung der Busse verurteilen. | *Die EDK begrüsst, dass Möglichkeiten eingeführt werden, um Bildungszentren zu sanktionieren, die mit dem Titel HF werben, ohne dass sie anerkannte HF-Bildungsgänge führen.* |
| | *Art. 63b* Unzulässige Verwendung eines Titelzusatzes<br>Wer vorsätzlich einen Titelzusatz ohne den vollständigen geschützten Titel oder ohne die vollständige englische Übersetzung verwendet, wird mit Busse bestraft. | *Zustimmung*<br>*Zu prüfen ist, ob es eine strengere Regulierung braucht, wenn Bildungsanbieter der Höheren Berufsbildung in ihren offiziellen Dokumenten und Mitteilungen gegen Art. 44a Abs. 1 und Abs. 2 verstossen. So könnte der Artikel sowohl bezüglich der maximalen Höhe der Busse als auch bezüglich der Ausweitung der Strafen auf Bildungsanbieter, die den Titelzusatz nicht präzise verwenden, ergänzt werden.*<br>*In diesem Zusammenhang erlauben wir uns den Hinweis, dass die Einführung ergänzender Titel von den Kantonen entsprechende Vorkehrungen und Ressourcen erfordert, um sicherzustellen, dass die Umsetzung korrekt stattfindet.* |
| **Art. 73** Übergangsbestimmungen<br>[1] Die geltenden kantonalen und eidgenössischen Bildungsverordnungen sind innert fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes anzupassen beziehungsweise zu ersetzen.<br>[2] Nach bisherigem Recht erworbene geschützte Titel sind weiterhin geschützt.<br>[3] Die Umstellung auf Pauschalbeiträge nach Artikel 53 Absatz 2 findet stufenweise innert vier Jahren statt.<br>[4] Die Kostenbeteiligung des Bundes wird innert vier Jahren stufenweise auf den in Artikel 59 Absatz 2 festgelegten Anteil erhöht. | *Art. 73*<br>Nach bisherigem Recht erworbene geschützte Titel sind weiterhin geschützt. | *Zustimmung* |

SR **313.0**

| **Verordnung vom 19. November 2003 über die Berufsbildung (BBV)**[7] | | **GS EDK** |
|---|---|---|
| Geltendes Recht | Vernehmlassungsvorlage | Musterstellungnahme |
| **Art. 36** Eidgenössische Berufsprüfungen und eidgenössische höhere Fachprüfungen<br>(Art. 43 Abs. 1 und 2 BBG) | *Art. 36 Sachüberschrift sowie Abs. 2bis 2ter* | |
| | Eidgenössische Berufsprüfungen und eidgenössische höhere Fachprüfungen<br>(Art. 28 Abs. 1bis, 43 Abs. 1 und 2 sowie 44*a* BBG) | |
| 1 Das für die eidgenössische Berufsprüfung oder die eidgenössische höhere Fachprüfung zuständige Organ entscheidet durch Verfügung über die Zulassung zum Qualifikationsverfahren und über die Erteilung des Fachausweises oder des Diploms. | | |
| 2 Die Fachausweise und die Diplome werden vom SBFI ausgestellt. Die Absolventinnen und Absolventen können wählen, in welcher Amtssprache ihr Ausweis ausgestellt wird. | 2bis Wurde die Prüfung auf Englisch absolviert, so wird dies auf dem Fachausweis oder dem Diplom vermerkt. | *Zustimmung* |
| | 2ter Die Fachausweise und Diplome nennen den geschützten Titel sowie den entsprechenden Titelzusatz. | *Zustimmung* |
| 3 Die Fachausweise und die Diplome werden von der oder dem Vorsitzenden des für das Qualifikationsverfahren zuständigen Organs und von einem Direktionsmitglied des SBFI unterzeichnet.[8] | | |
| **Art. 77** Pauschalbeiträge<br>(Art. 73 Abs. 3 und 4 BBG) | *Art. 77 und Art. 78* | *(Zustimmung: Streichung ist sachlogisch.)* |
| | *Aufgehoben* | |
| 1 Die Aufgaben der Kantone nach Artikel 53 Absatz 2 BBG werden vom Bund ab dem fünften Jahr nach Inkrafttreten des BBG vollumfänglich über Pauschalbeiträge gemäss dem BBG und dieser Verordnung mitfinanziert. | | |
| 2 Die ersten vier Jahre nach Inkrafttreten des BBG gilt folgende Regelung: | | |
| a. Aufgaben nach Artikel 53 Absatz 2 BBG, für die der Bund bisher gestützt auf eines der folgenden Gesetze Beiträge gewährt hat, unterstützt er weiterhin nach diesen Gesetzen:<br>1. Bundesgesetz vom 19. April 1978[9] über die Berufsbildung,<br>2. Landwirtschaftsgesetz vom 29. April 1998[10],<br>3. Waldgesetz vom 4. Oktober 1991[11],<br>4. Bundesgesetz vom 19. Juni 1992[12] über Finanzhilfen an die Höheren Fachschulen im Sozialbereich. | | |
| b. Die übrigen Aufgaben nach Artikel 53 Absatz 2 BBG unterstützt der Bund im Rahmen der verfügbaren Mittel nach Artikel 53 Absatz 1 BBG. | | |
| **Art. 78** Bauvorhaben und Mieten<br>(Art. 73 Abs. 3 BBG) | | |
| 1 Subventionsgesuche für Bauvorhaben, für die | | |

| | | |
|---|---|---|
| bis zum Inkrafttreten des BBG beim SBFI ein Raumprogramm mit Belegungsplan, ein Vorprojekt oder ein Bauprojekt eingereicht wurden, werden nach bisherigem Recht beurteilt.<br>[2] Wird ein Raumprogramm mit Belegungsplan oder ein Vorprojekt eingereicht, so werden Subventionen nach bisherigem Recht nur gewährt, wenn bis spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten des BBG ein Bauprojekt vorgelegt wird.<br>[3] Wurde für ein Bauvorhaben eine Subvention zugesichert, so ist die Schlussabrechnung für das realisierte Vorhaben bis spätestens zehn Jahre nach dem Inkrafttreten des BBG einzureichen. Wird die Schlussabrechnung nach diesem Zeitpunkt eingereicht, so sind keine Subventionen mehr geschuldet.<br>[4] Subventionsgesuche für die Miete von Räumlichkeiten, die bis zum Inkrafttreten des BBG mit einer Raumtabelle, einem Mietvertrag oder einem Mietvorvertrag und einem Belegungsplan eingereicht wurden, werden nach bisherigem Recht beurteilt. Die Subventionen werden höchstens bis vier Jahre nach Inkrafttreten des BBG gewährt.<br>[5] Der Zahlungskredit für Bauten und Mieten geht zu Lasten des Zahlungsrahmens nach Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe a BBG. | | |

6 SR 412.101
7 Fassung gemäss Ziff. I der V vom 15. Sept. 2017, in Kraft seit 1. Jan. 2018 (AS **2017** 5147).
8 [AS **1979** 1687; **1985** 660 Ziff. I 21; **1987** 600 Art. 17 Ziff. 3; **1991** 857 Anhang Ziff. 4; **1992** 288 Anhang Ziff. 17, 2521 Art. 55 Ziff. 1; **1996** 2588 Art. 25 Abs. 2 und Anhang Ziff. 1; **1998** 1822 Art. 2; **1999** 2374 Ziff. I 2; **2003** 187 Anhang Ziff. II 2. AS **2003** 4557 Anhang Ziff. I 1]
10 SR **910.1**
11 SR **921.0**
12 [AS **1992** 1973. AS ***2003*** *4557* Anhang I 2]